

Haumann, Wilhelm

Article

Die Akzeptanzanalysen: staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bevölkerung

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Haumann, Wilhelm (2014) : Die Akzeptanzanalysen: staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bevölkerung, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 83, Iss. 1, pp. 101-120, <https://doi.org/10.3790/vjh.83.1.101>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111767>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Akzeptanzanalysen: Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bevölkerung

WILHELM HAUMANN

Wilhelm Haumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach, E-Mail: wbaumann@ifd-allensbach.de

Zusammenfassung: Im Rahmen der Gesamtevaluation der familienbezogenen Leistungen untersuchte das Allensbacher Institut mit zwei Akzeptanzanalysen 2010 und 2011 die Bekanntheit und die Bewertung von 16 staatlichen Leistungen zur Familienförderung sowie die Muster der Inanspruchnahme. Die qualitativen und quantitativen Untersuchungen zeigen eine breite Nutzung der Leistungen. Etwa die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung berichtet über die Nutzung von Leistungen durch Mitglieder ihres Haushalts. Die Mehrzahl der aktuellen Nutzer bewerten die meisten der untersuchten Leistungen als große Hilfe für ihre Familie. Ausbaubedarf für die Förderung wird besonders für Alleinerziehende, geringverdienende Eltern und Arbeitslosen oder sozial Schwachen mit Kindern gesehen. Zudem wünschen sich viele Eltern zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren sowie für jüngere Schulkinder. Eine vertiefende Untersuchung der Kinderbetreuung und -förderung zeigt die große Bedeutung der Betreuungsangebote für die Förderung von Kindern wie auch für die Erwerbsmöglichkeiten von Müttern. Im Hinblick auf die Alterssicherung von Familien werden unterschiedliche Kenntnisse, Einstellungen und Absicherungsstrategien erkennbar. Mütter verlassen sich für ihre Alterssicherung häufig auf die Vorsorge ihres Partners.

Summary: Within the framework of the overall evaluation of family-related benefits, the Allensbach Institute completed two acceptance analyses in 2010 and 2011 on the population's familiarity with and assessments of 16 different state benefits intended to support families, along with benefit claiming patterns. The qualitative and quantitative parts of the study indicate that family benefits are claimed by broad swaths of the population. About half of the adult population reports that someone in their household makes use of family benefits. The majority of persons currently making use of family benefits say that most of the benefits studied are of great help to their families. The population perceives a need to expand benefits particularly for single parents, low-income families and for unemployed or socially disadvantaged persons with children. In addition, many parents express a desire for additional day care options for children under age 3 and for younger school children. A more detailed investigation on the issue of child care services and developmental programs shows the great significance of these services when it comes to both promoting the well-being of children and enabling mothers to work. Regarding their plans to provide for their old age, the studies reveal different levels of knowledge among German families, along with a diverse range of attitudes and retirement saving strategies. Mothers often depend on their partner's pension and retirement income for security in their old age.

→ JEL Classification: H310, J13, J32, H550

→ Keywords: Family economics, fiscal policies, family support programs, subsidy, tax benefit, tax system, childcare, child support, retirement pension

I Einleitung¹

Die Bedeutung familienpolitischer Leistungen bestimmt sich nicht allein durch ihre faktische Wirkung bei jenen, die sie in Anspruch nehmen. Eine wichtige Rolle spielen auch Wahrnehmungen und Akzeptanz dieser Leistungen. Denn nur bekannte Leistungen, die als hilfreich für die Bedürfnisse der Familien empfunden werden, haben Aussicht auf Nutzung durch die Zielgruppen, auf Erfüllung ihrer Aufgaben und auf politische Befürwortung durch die Bevölkerung. Um diese Dimension der Familienförderung zu untersuchen, wurden im Rahmen der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen zwei Akzeptanzanalysen durchgeführt. Die Untersuchungen zeigen die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur staatlichen Familienförderung. Mit demoskopischen Befragungen wurden dafür 2010 und 2011 Kenntnisse, Erfahrungen und Bewertungen der Gesamtbevölkerung wie der Leistungsnutzer ermittelt. Diese Akzeptanzwerte eröffnen auch ein vertieftes Verständnis der Wirkungsmöglichkeiten staatlicher Familienförderung.

Bereits der siebte Familienbericht hatte eine umfassende Analyse von staatlichen Leistungen unter der Perspektive ihrer Orientierung am Lebenslauf – und damit der spezifischen Bedürfnisse von Familien in einer bestimmten Lebensphase – eingefordert. Nicht ohne Grund bemängelte der Bericht aber auch die unzureichende Datenlage (BMFSFJ 2006). Das betraf nicht allein die unmittelbar angesprochene Wirkungsforschung, sondern in noch höherem Maße die Erforschung der Akzeptanz familienpolitischer Leistungen. Zwar gab es zuvor im Zusammenhang familienpolitischer Debatten durchaus Untersuchungen der Wünsche im Hinblick die staatliche Familienförderung. So wies etwa Renate Köcher bereits 1984 darauf hin, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung auf Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso Wert legte wie auf finanzielle Förderung (Köcher 1984). Allerdings gab es in der Folge kaum differenzierte Untersuchungen über die Wahrnehmung konkreter Leistungen. Noch am ehesten beschäftigte sich die Sozialforschung mit der Akzeptanz der Kinderbetreuung, meist aber unter Aspekten wie der grundsätzlichen Zustimmung zur Berufstätigkeit von Müttern unter Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten (Inglehart et al. 2004, Bujard 2012). Differenziert wurden die Betreuungsmuster und die Wünsche der Eltern im Hinblick auf die Betreuung ihrer Kinder jedoch erst 2009 durch die Untersuchung „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ erhoben (Rauschenbach und Bien 2012). Mit Blick auf Kinderwünsche und Geburtenentscheidungen wurde dagegen in der Population Policy Acceptance Study der Einfluss möglicher familienpolitischer Maßnahmen ermittelt, nicht aber die Wahrnehmung des konkreten Instrumentariums der Familienförderung (Höhn et al. 2008, Lengerer 2004).

Bereits als Konsequenz der Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Akzeptanz von staatlichen Leistungen begleitete das Allensbacher Institut seit 2006 die Einführung des Elterngelds mit verschiedenen Befragungen von Nutzern, Arbeitgebern und Gesamtbevölkerung (BMFSFJ 2008a). Zudem wurden ab 2008 allgemeine Einstellungen zur staatlichen Familienförderung in den jährlichen Untersuchungen des Monitors Familienforschung ermittelt (zum Beispiel BMFSFJ 2008b). Parallel zur ersten Akzeptanzanalyse nahm auch der Ravensburger Elternsurvey die Einstellungen zu einer Reihe bestehender Leistungen und denkbarer Fördermög-

¹ Ich möchte dem anonymen Gutachter für seine hilfreichen Hinweise danken, ebenso den Allensbacher Kollegen, besonders Steffen de Sombre, der die Untersuchungen gemeinsam mit mir betreut und die hier dargestellten Befunde zur Altersvorsorge der Familien herausgearbeitet hat.

lichkeiten unter der Gesamtperspektive des Wohlbefindens der Familien in den Blick (Bertram und Spieß 2011, Muschalik, Peter und Spieß 2011).

Der entscheidende Erkenntnisfortschritt bei den Akzeptanzanalysen wie auch beim Ravensburger Survey im Vergleich zu früheren Studien in diesem Bereich ist das aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen stammende Konzept, ein breites Tableau von Leistungen gemeinsam in den Blick zu nehmen (Beninger et al. 2009). Dadurch lassen sich Präferenzen der Nutzer für verschiedene Leistungen oder Leistungsarten ebenso erkennen wie Unterschiede in ihren Erfahrungen mit verschiedenen Leistungen.

2 Daten und Methode

Beide Akzeptanzanalysen wurden durch das Institut für Demoskopie Allensbach als Studien mit qualitativem und quantitativem Untersuchungsteil durchgeführt. In etwa einstündigen Leitfadeninterviews gaben zunächst 72 beziehungsweise 57 (potentielle) Nutzer von Leistungen detailliert Auskunft über ihre Einstellungen und Erfahrungen. Für die erste Akzeptanzanalyse wurden zudem fünf Diskussionen mit Angehörigen von engeren Zielgruppen der Familienförderung geführt. In die Entwicklung der Fragebogen für die quantitativen Befragungen flossen Ergebnisse aus diesen qualitativen Befragungen bereits mit ein. Bei den folgenden quantitativen Befragungen wurden jeweils größere bevölkerungsrepräsentative Stichproben von rund 9 500 beziehungsweise rund 7 500 Personen ab 18 Jahren mündlich-persönlich befragt. Um fundierte Analysen zu ermöglichen, wurden Eltern von minderjährigen Kindern bei der Befragtenauswahl mit rund 7 000 beziehungsweise rund 5 500 Personen weit überdurchschnittlich berücksichtigt. In den Gesamtergebnissen wird diese Disproportionalität durch eine Gewichtung aufgehoben. Die Altersspanne der Befragten reicht von 18 bis 96 beziehungsweise 92 Jahre, umfasst also 78 beziehungsweise 75 Jahre; der Altersmedian liegt in beiden gewichteten Stichproben bei 49 Jahren. Eine schriftliche Befragung von rund 1 100 Beziehern von Kinderzuschlag ergänzte die Ermittlungen. In den Schlussberichten wurde dann auch auf die qualitativen Befunde zurückgegriffen, um zu einem vertieften Verständnis zu gelangen.²

Die erste Akzeptanzanalyse betrachtet die bedeutsamsten Leistungen der Familienförderung. Der Fragebogen enthält Ermittlungen zu insgesamt 16 staatlichen Leistungen.³ Erkenntnisleitend sind dabei die Fragen, wie gut unterschiedliche Zielgruppen der Familienförderung die Leistungen kennen und wie sie die Leistungen nutzen und bewerten. Zudem werden Lebens- und Erwerbsverhältnisse in den Familien ermittelt. Die zweite Akzeptanzanalyse fokussiert den Blick auf zwei Kernbereiche, in denen die staatliche Förderung für die Familien im zurückliegenden Jahrzehnt bedeutsamer geworden ist: auf die Betreuung und Förderung von Kindern sowie auf die Altersvorsorge der Familien. Untersucht werden die Nutzungsmuster von Betreuungs- und Förderangeboten, Wahrnehmung und Bewertung dieser Angebote sowie Strategien und Einstellungen zur Absicherung für das Alter. Der vorliegende Artikel hebt einige Kernbefunde der umfangreichen Untersuchungen heraus (Institut für Demoskopie Allensbach 2012a und

2 Die veröffentlichten Schlussberichte zu den Akzeptanzanalysen enthalten ausführlichere Darstellungen des methodischen Vorgehens (Institut für Demoskopie Allensbach 2012a und 2013a).

3 Abbildung 1 listet die untersuchten Leistungen auf.

2013a); die vollständigen Untersuchungsberichte, die während des Fortschreitens der Gesamtevaluation mehrfach durch zusätzliche Analysen erweitert wurden, finden sich im Webangebot des Allensbacher Instituts.⁴

3 Befunde der ersten Akzeptanzanalyse

Zumindest die Namen der meisten untersuchten Leistungen sind einem Großteil der Bevölkerung vertraut. Im Detail kennt eine Bevölkerungsmehrheit allerdings lediglich das Kindergeld. Leistungen, die kleinere Zielgruppen in der Regel nur für Monate oder wenige Jahre beziehen, bleiben nicht wenigen sogar ganz unbekannt. Vom Kinderzuschlag, vom erhöhten Wohngeld für Kinder und von den SGB-II-Leistungen für Kinder haben auch nennenswerte Minderheiten der potentiellen Nutzer noch nichts gehört. Eine positive Ausnahme bildet das Elterngeld. Obwohl es als Phasenleistung für nicht mehr als 14 Monate konzipiert ist und auf einen engen Bezieherkreis zielt, ist es 91 Prozent der Bevölkerung bekannt (Abbildung 1).

Als Nutzer der Leistungen wurden in den Akzeptanzanalysen nicht nur die eigentlichen Bezieher der Leistungen betrachtet, sondern alle Personen, die in den Haushalten der Bezieher leben. Denn die Untersuchung zeigt auch, dass sich für alle Haushaltsangehörigen ein Nutzen aus den Leistungen ergibt, sei es durch ein höheres Haushaltseinkommen, durch Entlastungen bei der Steuer oder durch eine praktische Unterstützung der Familie, etwa bei der Betreuung. Auf diese Weise wird derzeit fast die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung von den Leistungen der Familienförderung erreicht (49 Prozent). Etwa jeder Zweite lebt also in einem Haushalt, in dem ehe- und familienbezogene Leistungen genutzt werden. Einschließlich der früheren Nutzer würde der Kreis sogar vier Fünftel der Bevölkerung ab 18 Jahren umfassen (80 Prozent).

Die höchsten Nutzerquoten ergeben sich für Eltern mit Kindern unter sechs Jahren im Haushalt. Diese Familien machen praktisch ausnahmslos von der Förderung Gebrauch. Durchschnittlich nehmen sie fünf bis sechs der 16 untersuchten Leistungen in Anspruch. Mit dem Heranwachsen der Kinder sinkt sowohl die Zahl der genutzten Leistungen als auch die Förderquote.

Generell sprechen die Nutzer den jeweils bezogenen Leistungen große oder sogar sehr große Bedeutung für ihre Familien zu. Neun der 16 untersuchten Leistungen werden von wenigstens 80 Prozent der jeweiligen Nutzer als „sehr wichtig für meine Familie“ betrachtet. Dazu gehören die SGB-II-Leistungen für Kinder, das Kindergeld, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nichtberufstätigen Ehepartnern in der GKV, das Elterngeld, die Betreuungsangebote für kleinere Kinder, der Kinderzuschlag, das erhöhte Wohngeld für Eltern und der staatliche Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Lediglich auf zwei Leistungen legen weniger als 60 Prozent der Nutzer besonderen Wert: auf die Absetzbarkeit der Betreuungskosten von der Steuer sowie auf die Ermäßigung der Beiträge zur gesetzlichen Pflegeversicherung, die Eltern gewährt wird (Abbildung 2).

In der Bewertung der Leistungen gibt es zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen keine substantiellen Unterschiede, wohl aber sind Akzentuierungen zu erkennen, dass also Teilgrup-

4 Zugang unter www.ifd-allensbach.de im Bereich „Studien und Berichte“ (Download: Februar 2014).

Abbildung 1

Kenntnis der Leistungen

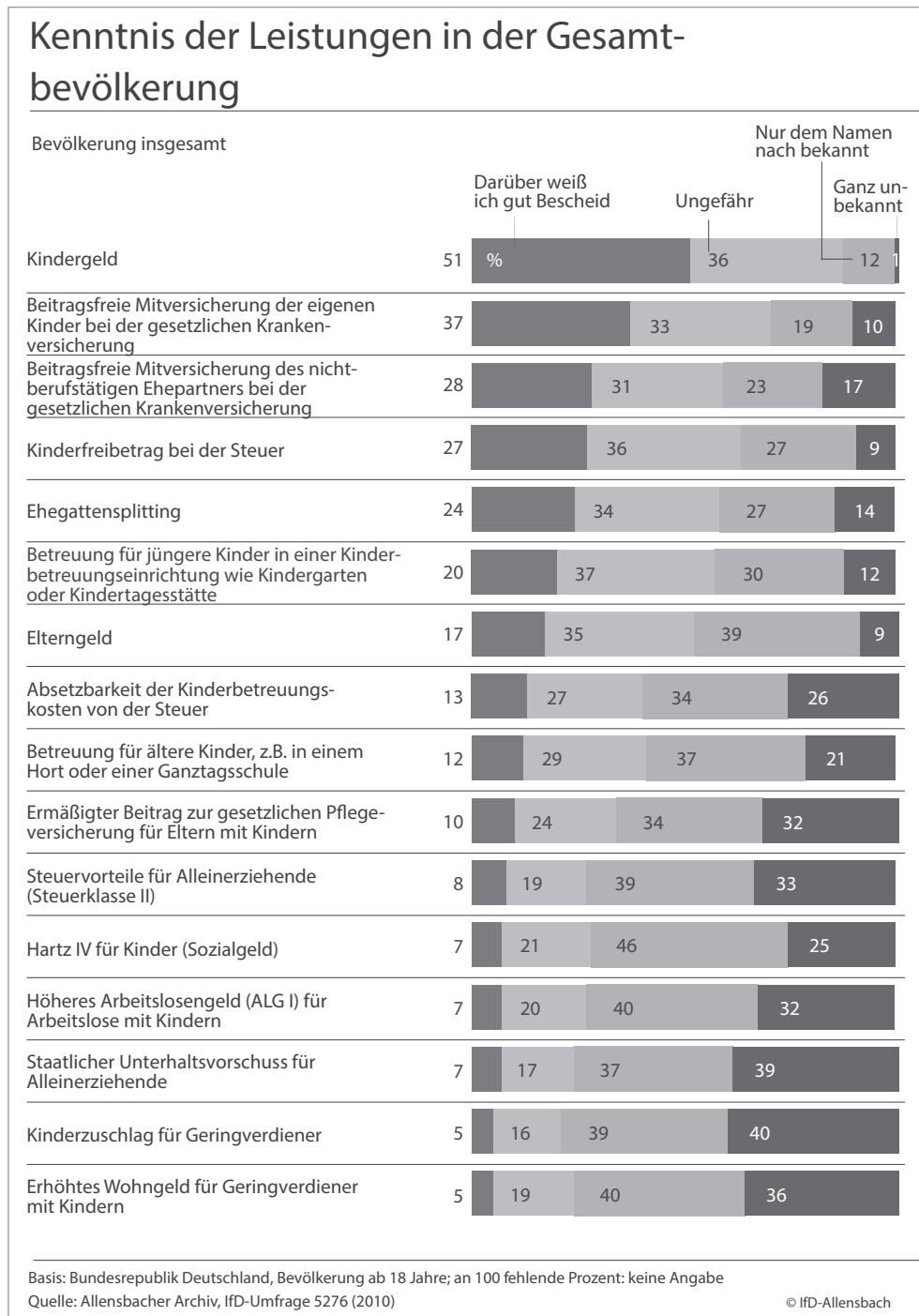
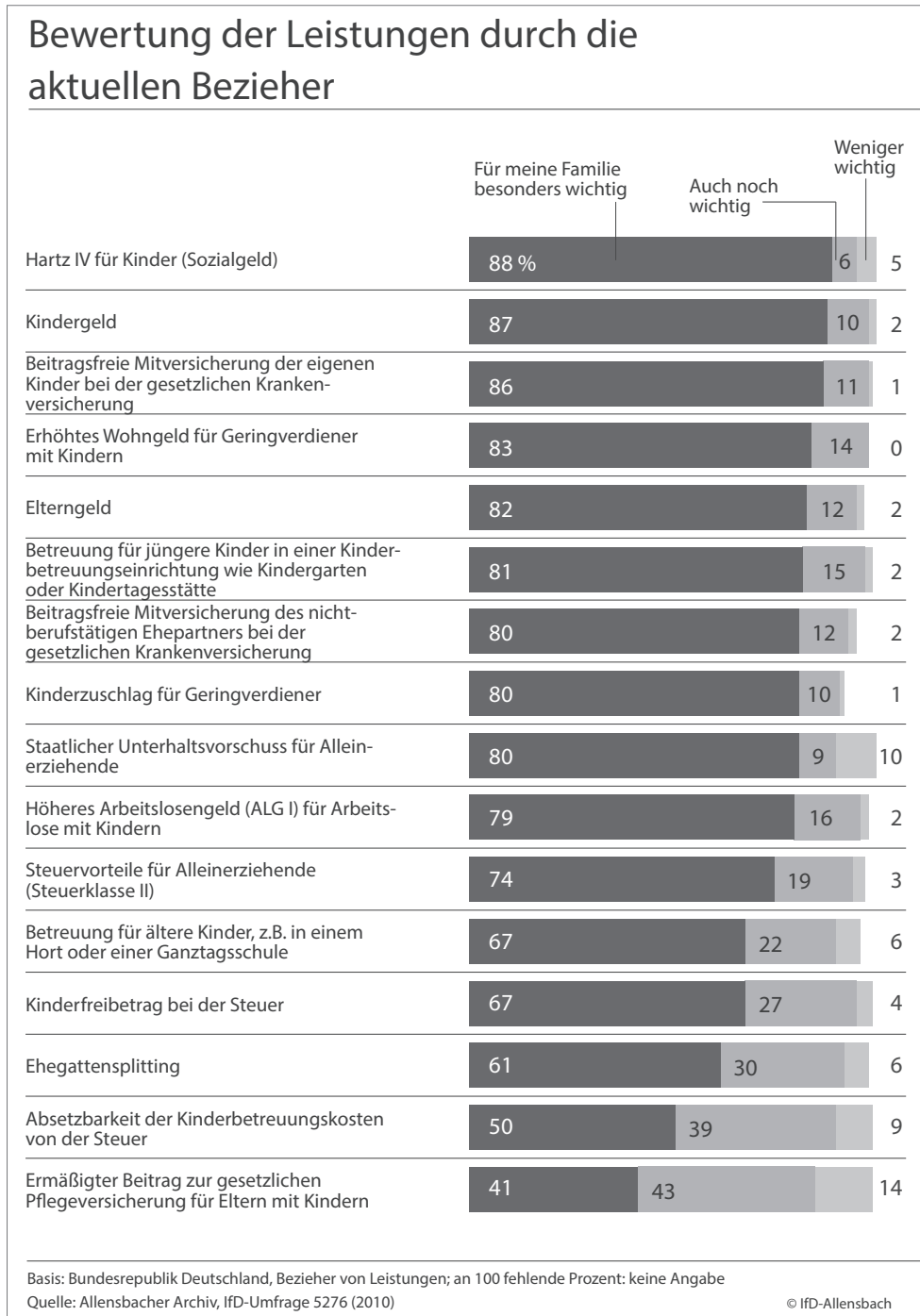


Abbildung 2

Bewertung der Leistungen



pen einzelne oder alle Leistungen etwas häufiger als besonders hilfreich einstufen als andere. Besonders positiv beurteilen insbesondere Eltern mit Kindern unter sechs Jahren die genutzten Leistungen. In dieser Phase werden nicht nur die meisten Leistungen beansprucht, sondern die Förderung fällt für die meisten Familien auch stark ins Gewicht. Ähnlich hoch bewerten zudem Geringverdiener die erhaltene Unterstützung. Während sie in der Regel fast alle genutzten Leistungen als besonders bedeutsam für ihre Familien betrachten, tendieren Eltern mit höheren Familieneinkommen eher zu einer differenzierten Betrachtung.

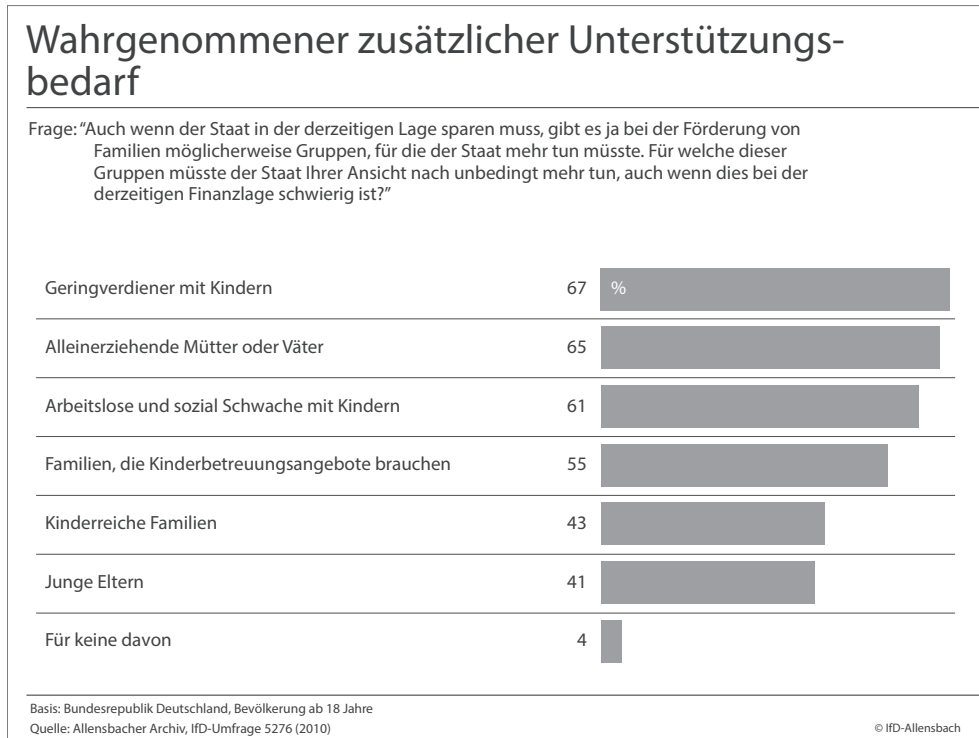
Aber auch andere Faktoren nehmen Einfluss auf die Bewertung der jeweils genutzten Leistungen:

- Leistungen, die den jeweiligen Nutzern besser bekannt sind, werden von ihnen in der Regel auch besser bewertet als Leistungen, die ihnen weniger deutlich vor Augen stehen. Bezeichnend für diesen Zusammenhang ist etwa die fast durchgehend positive Bewertung des gut bekannten Kindergelds. Ausnahmen bilden allerdings der Kinderzuschlag und das erhöhte Wohngeld für Eltern. Auch wenn über die Hälfte der Nutzer die komplizierten Regelwerke dieser Leistungen bestenfalls ungefähr kennt, gehören die beide Leistungen, die Unterstützung in besonderen Lebenslagen ermöglichen, doch zu den am häufigsten als hilfreich bewerteten.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Höhe beziehungsweise dem materiellen Wert der Leistung und der Bewertung: An der Spitze des Bewertungsrankings stehen das Kindergeld und die SGB-II-Leistungen für Kinder; das sind für die meisten Familien Leistungen im Wert von mehreren hundert Euro im Monat. Am Ende der Liste finden sich Leistungen von geringerem Wert wie der reduzierte Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung, der für Eltern eine Leistung in Höhe von höchstens 100 Euro im Jahr darstellt. Allerdings werden auch Leistungen mittlerer Höhe als besonders hilfreich betrachtet, wenn sie – wie etwa der Kinderzuschlag oder der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende – die Nutzer in finanziell angespannten Situationen entlasten.
- Die direkten monetären Leistungen und Infrastrukturleistungen werden mehr geschätzt als die steuerlichen Leistungen: Die Unterschiede in der Bewertung der Leistungen fallen sehr deutlich aus. Sämtlichen monetären Leistungen sprechen jeweils mehr als 75 Prozent der Nutzer besondere Bedeutung für ihre Familie zu. Dagegen bleibt die Bewertung bei den steuerlichen Leistungen und Sozialversicherungsleistungen unter diesem Niveau. Nur die Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern sowie die Betreuungsleistungen für kleinere Kinder werden von den Nutzern ähnlich hoch eingeschätzt wie die Geldleistungen.

Auch bei anderen Fragestellungen charakterisieren die Nutzer die bestehenden Leistungen der Familienförderung in der Regel als hilfreich. Für Eltern bedeuten sie Unterstützung und Hilfe bei wichtigen Anliegen wie der Förderung ihrer Kinder oder der Ermöglichung der eigenen Berufstätigkeit und zusammen damit auch der Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards der Familie.

Kritik richtet sich allerdings gegen die Ausgestaltung einzelner Leistungen. Zudem wird die Beantragung von Leistungen nicht selten als umständlich erlebt; ein Drittel der Antragsteller

Abbildung 3

Wahrgenommener zusätzlicher Unterstützungsbedarf

empfindet den notwendigen Aufwand dafür als sehr groß (33 Prozent). Besonders Bezieher von SGB-II-Leistungen erleben das Antragsverfahren und die regelmäßigen Besitz- und Einkommensnachweise als überaus aufwändig (50 Prozent).

Das summierende Gesamturteil über die staatliche Familienförderung fällt mehrheitlich positiv aus. 50 Prozent der Nutzer von Leistungen sind mit der Förderung der eigenen Familie alles in allem zufrieden; 22 Prozent erklären sich unzufrieden, 28 Prozent bleiben unentschieden. Unzufriedenheit findet sich vergleichsweise häufig unter Eltern mit kleineren Haushaltseinkommen, die dennoch relativ wenige der untersuchten Leistungen in Anspruch nehmen. Zufrieden sind am ehesten jüngere Eltern, die eher viele Leistungen nutzen. Erheblichen Einfluss auf das summierende Urteil haben neben der Nutzung von Leistungen aber auch grundsätzliche Urteile über Gesellschaftsordnung, Staat und insbesondere die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage: Wer die eigene wirtschaftliche Situation eher positiv sieht, neigt auch eher zu einer positiven Bewertung der staatlichen Familienförderung.

Lediglich vier Prozent der Gesamtbevölkerung sehen ein Übermaß an Familienförderung; 36 Prozent finden die aktuelle Förderung angemessen. Fast jede oder jeder Zweite würde sich jedoch eine stärkere Unterstützung der Familien durch den Staat wünschen (45 Prozent). Zusätzlichen Unterstützungsbedarf nimmt die Bevölkerung am ehesten bei Geringverdienern mit

Kindern wahr (67 Prozent), bei alleinerziehenden Müttern und Vätern (65 Prozent) sowie bei Arbeitslosen und sozial Schwachen mit Kindern (61 Prozent) (Abbildung 3).⁵

Etwaige Einsparungen bei der Familienförderung würde die große Mehrheit der Bevölkerung dagegen ablehnen. Falls solche Kürzungen aber unumgänglich wären, könnte man im Vergleich zu anderen Leistungen noch am ehesten bei der Förderung für besserverdienende Familien und Ehepaare sparen, finden 75 Prozent der Gesamtbevölkerung. Auch unter den besserverdienenden Eltern und Ehepaaren selbst schließt sich eine Zweidrittelmehrheit dieser Sichtweise an (69 Prozent). Tendenziell fände die Bevölkerung dabei eine Kürzung bei steuerlichen Vergünstigungen für Familien eher erträglich (50 Prozent) als bei finanziellen Leistungen (neun Prozent) oder Einrichtungen wie zum Beispiel Kindergärten und Kindertagesstätten (sieben Prozent).

Selbstverständlich wurde die Betrachtung der einzelnen Leistungen nicht auf die Dimensionen von Zustimmung und Ablehnung sowie von wahrgenommenem zusätzlichem Förderbedarf und akzeptierten Einsparmöglichkeiten reduziert. Die Untersuchungsberichte beschreiben auch zahlreiche Effekte der Leistungen, die ebenfalls in den Wirkungsanalysen der Gesamtevaluation eine Rolle spielen.

4 Befunde der zweiten Akzeptanzanalyse

Die Befunde der zweiten Akzeptanzanalyse werden getrennt für den Bereich der außerfamiliären Kinderbetreuung und der Altersvorsorge dargestellt.

4.1 Einstellungen zur Kinderbetreuung außerhalb der Familie

Die Betreuung von kleineren Kindern wie auch die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern werden weit überwiegend positiv bewertet. Nur eine kleine Minderheit von etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung wie auch der Eltern von minderjährigen Kindern sieht überwiegend Nachteile.

Die Betreuung der unter Dreijährigen und der Kindergartenkinder gilt in der Regel als Chance für die Kinder, schon früh Kontakt zu Gleichaltrigen aufzunehmen und soziale Kompetenz zu entwickeln. Dabei denken manche Eltern daran, dass ihre Kinder (noch) keine Geschwister haben oder dass die Geschwister schon einige Jahre älter sind. Außerdem werden häufig Vorteile für die Persönlichkeits- und die Sprachentwicklung der kleineren Kinder gesehen.

Zugleich gilt die Betreuung als Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die vor allem Mütter, die berufstätig sein möchten, entlastet. Denn in den meisten Familien fällt die familiäre Betreuung der Kinder nach wie vor weit überwiegend in den Aufgabenbereich der Mütter.

⁵ Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, das die Förderung der Kinder aus den Familien von Geringverdienenden und SGB-II-Leistungsbeziehern unterstützt, wurde im April 2011 nach Abschluss der ersten Akzeptanzanalyse beschlossen, konnte bei der Untersuchung also noch nicht berücksichtigt werden.

Eltern, die ihre kleinen Kinder selbst betreuen, sehen das nicht grundsätzlich anders. Der Verzicht auf eine Nutzung früher außerfamiliärer Betreuung hängt nur bei einer Minderheit mit prinzipiellen Vorbehalten zusammen. Ungleich häufiger ergibt sich der Verzicht auf eine außerfamiliäre Betreuung aus dem Wunsch der Mütter nach mehr gemeinsamer Zeit mit dem Kind und pragmatischen Erwägungen (Verfügbarkeit familiärer Betreuung) sowie bei unter Dreijährigen vor allem aus der Vorstellung, dass das Kind noch zu klein für eine außerfamiliäre Betreuung sei. Insgesamt 13 Prozent der Eltern, die ihre betreuungsbedürftigen Kinder selbst betreuen, begründen das aber auch damit, dass entsprechende Plätze fehlen, dass sie keinen geeigneten Betreuungsplatz gefunden haben, oder die Betreuungszeiten für sie nicht ausreichen.⁶

Für die Berufstätigkeit der Mütter hat die Betreuung der Kinder beträchtliche Bedeutung: 73 Prozent der berufstätigen Mütter von Kindern unter 14 Jahren lassen ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen, Tagespflege oder in einer Ganztagschule betreuen. Ohne diese Angebote wäre eine Berufstätigkeit für viele dieser Mütter nicht möglich. Besonders eng ist der Zusammenhang zwischen der Nutzung von Betreuungsangeboten und der Berufstätigkeit bei den Müttern von unter Dreijährigen und von jüngeren Schulkindern. Nicht ganz so eng fällt er bei den Müttern von Drei- bis unter Sechsjährigen aus, denn die zumindest halbtägige Kindergarten- oder Kitabetreuung wird in West- wie Ostdeutschland auch unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Mütter als selbstverständlicher Entwicklungsschritt der Kinder betrachtet.

Neben der institutionellen Betreuung und der Tagespflege nehmen viele Familien regelmäßig Betreuung durch das private Netz in Anspruch. 39 Prozent der Vollzeit berufstätigen und 46 Prozent der Teilzeit berufstätigen Mütter von Kindern im Vorschulalter berichten über längere Betreuungshilfe von Angehörigen – häufig der eigenen Mütter oder Schwiegermütter – oder Freunden und Bekannten. Überdurchschnittlich stark greifen Alleinerziehende auf diese Unterstützung durch das private Netz zurück. Allerdings wird die informelle Betreuung in der Regel lediglich zusätzlich zur institutionellen Betreuung oder zur Tagespflege in Anspruch genommen. Meist geschieht das, um Randzeiten abzudecken und die Betreuungszeiten so mit den Arbeitszeiten der Eltern zu „synchronisieren“.

Die faktische Bedeutung der Betreuung für die Berufstätigkeit der Eltern und insbesondere der Mütter steht den meisten auch klar vor Augen: Insgesamt 73 Prozent der berufstätigen Mütter, die ihre Kinder betreuen lassen, beschreiben die Betreuung der Kinder als wichtige oder sehr wichtige Voraussetzung für ihre Berufstätigkeit (Abbildung 4).

Auf die Bereitschaft, Betreuungsangebote für die eigenen Kinder zu nutzen, wirken neben dem unmittelbaren Interesse der Mütter an einer Erwerbsbeteiligung noch zahlreiche andere Faktoren und Hintergrundfaktoren ein: Insbesondere machen sich hier die von langfristigen Prägungen vorgeformten Einstellungen zur Betreuung und zur Erwerbstätigkeit von Müttern bemerkbar, die sich auch in den unterschiedlichen Mustern bei der Inanspruchnahme der Betreuung in Ost- und Westdeutschland zeigen. Dabei wird das Verhalten etwa durch die unterschiedlichen Vorstellungen geprägt, in welchem Alter eine außerfamiliäre Betreuung begonnen werden sollte und wie viele Stunden täglich Kinder in bestimmtem Alter außerhalb der Familie betreut werden können.⁷

6 Mehrfachnennungen, hier ohne Überschneidungen, vergleiche Institut für Demoskopie Allensbach (2012a: 129, Abbildung 29).

7 Für vertiefende Befunde siehe Institut für Demoskopie Allensbach (2012b).

Abbildung 4

Bedeutung der Betreuung für die Berufstätigkeit

Bedeutung der Betreuung für die Berufstätigkeit					
Frage: „Wie wichtig ist es für Ihre Berufstätigkeit, dass Ihr Kind in einer Betreuungseinrichtung oder Schule betreut wird? Ist das für Sie ...“					
Berufstätige Eltern mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt, die Betreuungsangebote nutzen					
	insgesamt	Väter	Mütter		
			insgesamt	Teilzeit berufstätig	Vollzeit berufstätig
	%	%	%	%	%
„sehr wichtig“	41	33	51	49	56
„wichtig“	24	27	22	24	18
„weniger wichtig“	17	20	12	15	8
„gar nicht wichtig“	10	12	8	10	4
Unentschieden, keine Angabe	8	8	7	2	14
	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, berufstätige Eltern mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt, die Betreuungsangebote nutzen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5276 (2010) © IfD-Allensbach

Eine wichtige Rolle spielt zudem die Verfügbarkeit der Infrastruktur, die selbstverständlich ebenfalls zu den unterschiedlichen Betreuungsmustern in West- und Ostdeutschland beiträgt. Schließlich wirken sich auch soziale und ökonomische Gesichtspunkte sowie individuelle Erwägungen aus: So sind Alleinerziehende ungleich stärker auf eine Betreuung der Kinder angewiesen als andere Eltern, wenn sie eine Berufstätigkeit anstreben oder einfach nur eine zeitweilige Entlastung von der Daueraufgabe der Betreuung suchen. Erkennbar werden bei einigen der Mütter auch rationale Kalküle, in denen Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten ins Verhältnis zu Betreuungskosten und Steuerabzügen gesetzt werden. 22 Prozent der in Teilzeit berufstätigen Mütter von Kindern unter 14 Jahren haben den Eindruck, dass sich eine Ausweitung ihrer Berufstätigkeit wegen der dann höheren Betreuungskosten und Steuerabzüge für sie nicht lohnen würde. Für die Mehrheit stehen allerdings eher andere Erwägungen im Vordergrund, wie etwa der individuelle Entwicklungsstand des Kindes, ob also eine außerfamiliäre Betreuung bereits für möglich gehalten wird, sowie der Wunsch, die Entwicklung des eigenen Kindes zu begleiten und so gut wie möglich selbst zu fördern.

Mit der Qualität der Betreuung sind weit über 80 Prozent der Eltern von betreuten Kindern zufrieden oder sehr zufrieden. Besonders zufrieden sind Eltern, deren Kinder ganztags in Kinderkrippen, Kindergärten oder Kitas betreut werden (89 Prozent).

Unzufriedenheit entsteht allerdings bei einem Teil der Eltern durch die Betreuungszeiten: Obwohl die Untersuchung bereits jetzt eine starke Differenzierung der Betreuungszeiten zeigt, sind 21 Prozent der Eltern, deren Kinder Betreuungseinrichtungen wie Krippen, Kindergärten und Kitas besuchen, mit den Nutzungszeiten weniger oder gar nicht zufrieden. Probleme ergeben sich hier vor allem durch unflexible Zeiten, die dem spezifischen Bedarf der Familien nicht gerecht werden, durch eine zu kurze Betreuung am Nachmittag oder auch durch Defizite bei der Ferienbetreuung.

Zugleich zeigt die Umfrage bei einem Teil der Eltern Wünsche nach mehr oder erweiterten Betreuungsangeboten für ihre Kinder. Vornehmlich die Eltern von unter Dreijährigen sowie von Schulkindern wünschen sich zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Jeweils etwa ein Fünftel der Eltern von Ein- bis unter Dreijährigen wie auch von Sechs- bis unter 14-Jährigen meldet Bedarf an zusätzlichen Plätzen in Einrichtungen oder – für die Schulkinder – in Ganztagschulen und Horten an (19 beziehungsweise 21 Prozent). Für die Kindergärten und Kitas wünschen sich zehn Prozent der Eltern von Drei- bis unter Sechsjährigen zusätzliche Möglichkeiten zur Ganztagsbetreuung. Weil Familien, denen die präferierten Betreuungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, häufig auf andere Angebote ausweichen, handelt es sich dabei zum Teil um „Ersatzbedarf“, etwa um die weniger regelmäßige Nachmittagsbetreuung von Schulkindern im Rahmen von AGs durch eine regelmäßige Betreuung im Rahmen einer Ganztagschule zu ersetzen.⁸

Vor diesem Hintergrund wird der Ausbau der Betreuungsangebote von einer Dreiviertelmehrheit der Eltern wie auch der Gesamtbevölkerung begrüßt (Institut für Demoskopie Allensbach 2012c). Durch ihn erweitern sich insbesondere für viele Mütter die Möglichkeiten, die gewünschte Arbeitsaufnahme oder die gewünschte Ausweitung der Berufstätigkeit zu realisieren.

Für die Betreuung entstehen den Eltern ganz unterschiedliche Kosten, wobei sich nicht allein das Alter der betreuten Kinder, die Dauer der Betreuung und die enthaltene Förderung oder Verpflegung auswirken. Einflüsse gibt es zudem durch Geschwistertarife, Beitragsstaffelungen nach Einkommen und durch regionale Besonderheiten. Im Durchschnitt wenden Familienhaushalte mit Kindern unter 14 Jahren, aus denen zumindest ein Kind Betreuungsangebote nutzt, monatlich rund 110 Euro für die Betreuung auf (einschließlich möglicher Essenskosten), wobei dieser Mittelwert für Familien mit unter Dreijährigen 170 Euro beträgt, für Familien, deren jüngstes Kind das Schulalter bereits erreicht hat, noch 76 Euro.

Zwar ist die Mehrheit der Eltern, die Kosten für die Betreuung haben, mit der Höhe der Kosten einverstanden (58 Prozent). Rund ein Fünftel bewertet diese Kosten jedoch als zu hoch (19 Prozent), etwa ein Viertel bleibt unentschieden (23 Prozent). Besonders Eltern, die im Monat 100 Euro oder mehr für die Betreuung bezahlen, finden die Kosten zu hoch (29 Prozent). Von den Müttern und Vätern, die ihre Kinder ausschließlich daheim oder durch das private Netz betreuen, verzichten 17 Prozent auf die Inanspruchnahme einer bezahlten Betreuung, weil das für sie zu teuer wäre.

8 Seit Erhebung der Daten (2011) sind insbesondere für die unter Dreijährigen zahlreiche neue Betreuungsangebote entstanden. Ob sich damit auch die Nachfrage signifikant verringert oder ob zusammen mit dem erweiterten Angebot auch die Nachfrage wächst, lässt sich allein durch weitere Untersuchungen ermitteln.

4.2 Einstellungen zur Altersvorsorge von Müttern und Vätern

Die Strategien der Eltern zur Altersvorsorge unterscheiden sich nicht grundlegend von jenen der gleichaltrigen Kinderlosen, so dass der Blick zunächst auf die generellen Vorsorgestrategien gerichtet werden konnte, um dann die Besonderheiten für Familien herauszustellen. Dabei wurde die Betrachtung insbesondere auf die mittlere Altersgruppe zwischen 30 und 59 Jahren fokussiert, denn die meisten Jüngeren unter 30 Jahren sehen Fragen der Altersvorsorge erst in ferner Zukunft für sie bedeutsam werden (63 Prozent) oder haben sich noch gar nicht mit entsprechenden Fragen beschäftigt (54 Prozent). Diese distanzierte Haltung löst sich aber offenbar nach dem 30. Geburtstag beziehungsweise nach der Geburt eigener Kinder rapide auf: Von den 30- bis 44-Jährigen haben sich über drei Viertel bereits mit der privaten Altersvorsorge auseinandergesetzt.

Vor dem Hintergrund der Demografiedebatte melden regelmäßig über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Zweifel an der Sicherheit der gesetzlichen Rente an.⁹ Im Rahmen der zweiten Akzeptanzanalyse zeigen sich darüber hinaus 69 Prozent der 30- bis 59-Jährigen, die noch keine Rente oder Pension beziehen, von der Notwendigkeit einer privaten Zusatzvorsorge überzeugt. Dementsprechend bemühen sich die meisten in diesem Alter um eine Absicherung zusätzlich zur gesetzlichen Rente. Auf die Frage, worauf sich ihre Versorgung im Alter alles stützen wird, nennen insgesamt 83 Prozent der 30- bis 59-Jährigen Bausteine der privaten Altersvorsorge, über die sie im Alter entweder persönlich oder über ihren Partner beziehungsweise ihre Partnerin verfügen werden: 77 Prozent führen dabei Kapitalanlagen auf, vornehmlich Lebensversicherungen, 51 Prozent Immobilien, 30 Prozent Riester-Renten, 22 Prozent größere Erbschaften. Darüber hinaus erwarten 33 Prozent persönlich oder durch ihre Partnerin beziehungsweise ihren Partner eine betriebliche oder gesetzliche Zusatzversorgung. Deutlich häufiger als Kinderlose setzen Mütter und Väter dabei auf selbst gebaute oder gekaufte Häuser und Wohnungen (59 gegenüber 42 Prozent).

Rentner und Pensionäre stützten sich zum Umfragezeitpunkt im Durchschnitt neben der Rente oder Pension erst auf 1,6 Bausteine der privaten Alterssicherung. Dagegen gründeten die Erwartungen der 30- bis 59-jährigen Nichtrentner auf durchschnittlich 2,7 dieser Bausteine. Die private Altersvorsorge wurde also diversifiziert und zudem erkennbar intensiviert.

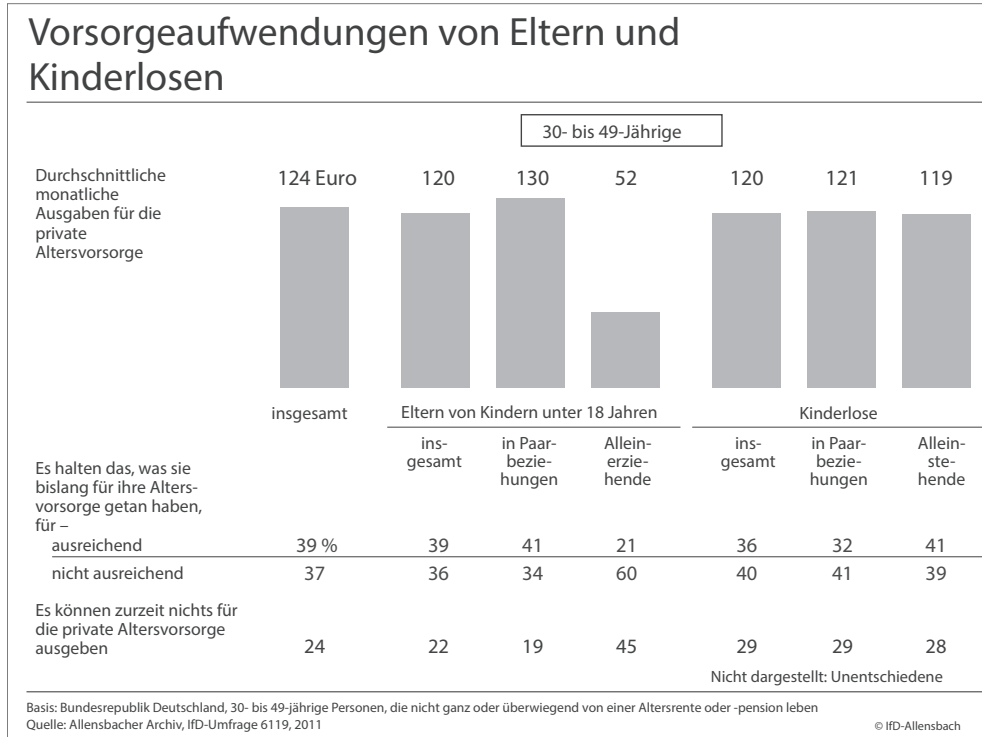
Allerdings wird die gesetzliche Rente von den meisten auch weiterhin als Rückgrat der Alterssicherung betrachtet: 85 Prozent der Nichtrentner unter 60 Jahren gehen davon aus, dass sie später eine gesetzliche Rente erhalten werden, 60 Prozent der Nichtrentner erwarten, dass diese gesetzliche Rente einen großen oder sehr großen Anteil an ihrer Alterssicherung ausmachen wird. Besonders stark ist die Abhängigkeit von der gesetzlichen Rente bei den Beziehern kleiner Haushaltseinkommen, von denen viele nur geringe Möglichkeiten zur privaten Zusatzvorsorge haben.

Viele Geringverdiener halten ihre bisherigen Bemühungen zur Altersvorsorge für nicht ausreichend. Während im Schnitt 36 Prozent der 30- bis 59-jährigen Nichtrentner eine zu geringe pri-

9 Zuletzt vergleiche Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11017, November 2013.

Abbildung 5

Vorsorgeaufwendungen von Eltern und Kinderlosen



vate Absicherung befürchten, hegen von den Geringverdienern¹⁰ in diesem Alter nicht weniger als 60 Prozent entsprechende Befürchtungen.

Bis ins mittlere Alter neigt ein nennenswerter Teil der Bevölkerung dazu, entsprechende Fragen zu verdrängen. 20 Prozent der 30- bis 49-Jährigen geben an, sich mit solchen Fragen noch nicht näher beschäftigt zu haben, 16 Prozent möchten sich auch weiterhin so wenig wie möglich damit beschäftigen oder lieber jetzt ein schönes Leben haben, als viel Geld für ihre Altersvorsorge beiseitezulegen (15 Prozent). 22 Prozent der Männer und Frauen in diesem Alter erklären: „Wer weiß, ob ich überhaupt so alt werde, dass es sich lohnt, fürs Alter zu sparen.“ Vorrangig jene, die ein niedriges Alterseinkommen erwarten, neigen zu einem solchen Verhalten.

Bei einigen wirkt sich auch Unwissenheit über die Fördermöglichkeiten der staatlichen Altersvorsorge aus: Insbesondere die Kinderzulage für Riesterrenten ist selbst in der engeren Zielgruppe der Eltern von minderjährigen Kindern lediglich 25 Prozent gut und weiteren 34 Prozent ungefähr bekannt. Hemmnisse für die Nutzung der staatlichen Förderung für die Altersvorsorge ergeben sich zudem durch die im Gefolge der Euro-Krise gewachsenen Zweifel von 24 Prozent

10 Bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen unter 70 Prozent des Medianwertes.

der Eltern von minderjährigen Kindern gegenüber den Informationen zur privaten Altersvorsorge.¹¹

Trotz der verbreiteten Vorstellung, noch zu wenig für die eigene Altersvorsorge zu tun, gibt nur eine Minderheit an, auch mit Rücksicht auf die Altersvorsorge derzeit besonders viel im Beruf zu arbeiten (18 Prozent der 30- bis 49-Jährigen insgesamt, 21 Prozent der Berufstätigen in diesem Alter). Unter den berufstätigen Eltern, die in Paarbeziehungen leben, machen Väter diese Angabe etwa doppelt so häufig wie Mütter (25 Prozent gegenüber zwölf Prozent): Für die Erwerbsentscheidungen der meisten Mütter haben Erwägungen zur Altersvorsorge also eine nachgeordnete Bedeutung.

Etwas häufiger als Mütter in Paarbeziehungen lassen sich die berufstätigen alleinerziehenden Mütter von solchen Erwägungen motivieren. Von ihnen bemühen sich 20 Prozent um eine möglichst intensive Erwerbsbeteiligung mit Blick auf die Absicherung im Alter. Trotz solcher Bemühungen ist es um die Altersvorsorge vieler Alleinerziehender schlecht bestellt: 45 Prozent der Alleinerziehenden haben keinen Spielraum für eine private Absicherung, 60 Prozent von ihnen halten ihre bisherige Vorsorge für unzureichend. Von den Müttern und Vätern in Paarbeziehungen verfügen dagegen nach eigener Auskunft lediglich 19 Prozent über zu geringe Mittel für eine private Altersvorsorge. Als unzureichend betrachten nur 34 Prozent ihre bisherigen Vorsorgebemühungen (Abbildung 5).

Dabei lässt sich jedoch bei den Müttern und Vätern in Paarbeziehungen ein unterschiedliches Vorsorgeverhalten erkennen: Zum einen erwerben viele Mütter wegen ihrer Teilzeitarbeit und ihrer längeren Ausfallzeiten nur vergleichsweise geringe Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung; 32 Prozent der Mütter in Paarverbindungen rechnen wegen der Kindererziehung mit längeren Ausfallzeiten. Zudem investieren Mütter auch weniger Mittel in ihre Altersvorsorge als Väter. Zwar haben die Mütter minderjähriger Kinder mehr Verträge für Riester-Renten abgeschlossen als die entsprechenden Väter. Die Väter werden im Alter jedoch signifikant häufiger über Mittel aus Betriebsrenten oder Zusatzversicherungen sowie aus kapitalbildenden Lebensversicherungen verfügen. Eine feste monatliche Sparrate für die private Altersvorsorge können dementsprechend 54 Prozent der Väter nennen, aber nur 46 Prozent der Mütter. Und während sich für die Väter ein durchschnittlicher monatlicher Sparbetrag von 159 Euro errechnet, beträgt der durchschnittliche Sparbetrag der Mütter nur 91 Euro.¹²

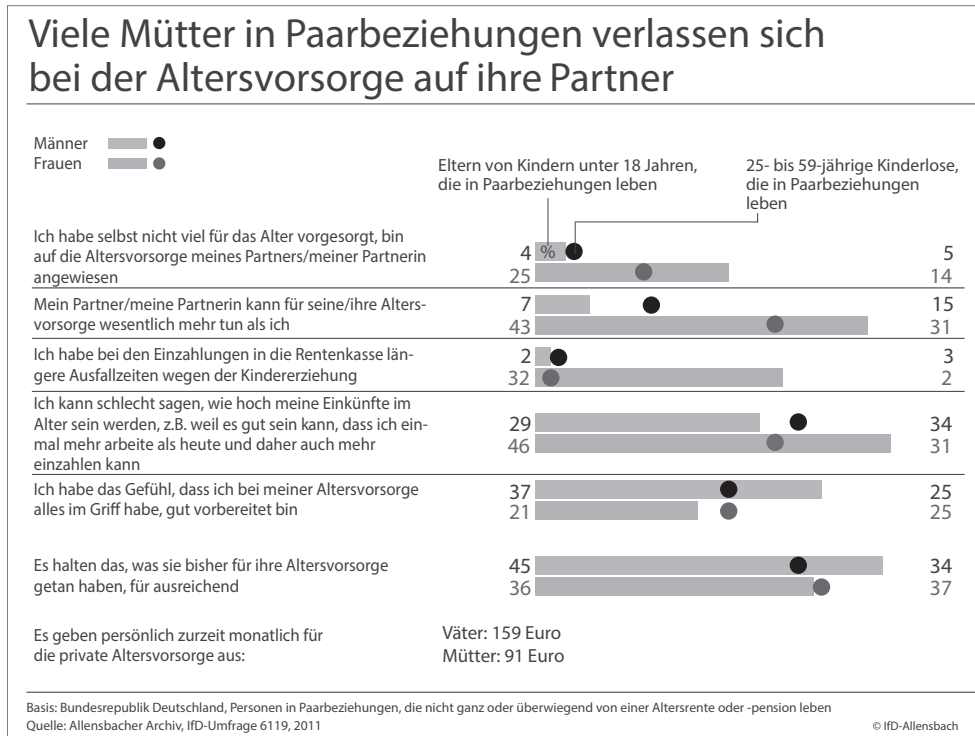
Besonders groß ist der Unterschied in Familien mit männlichem Alleinverdiener, in denen die Väter im Durchschnitt 155 Euro ansparen und die Mütter nur 67 Euro. Deutlich mehr können die Mütter in Familien aufwenden, in denen beide Partner Vollzeit berufstätig sind: im Durchschnitt 142 Euro. Offensichtlich hängt also nicht allein die Höhe der Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch die private Alterssicherung der Mütter stark von deren Erwerbsbeteiligung ab.

11 Vergleiche Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11011, Juli 2013.

12 Durchschnitte hier jeweils einschließlich derjenigen, die angeben, nichts sparen zu können. Eingeschränkt auf die Sparer betragen die Raten im Durchschnitt 219 Euro (Väter) beziehungsweise 136 Euro (Mütter).

Abbildung 6

Viele Mütter in Paarbeziehungen verlassen sich ...



Dementsprechend geben 43 Prozent der Mütter in Paarverbindungen an, dass ihr Partner wesentlich mehr für seine Altersvorsorge tun könne als sie für die ihre. 25 Prozent dieser Mütter erwarten bereits jetzt, im Alter auf die Vorsorge ihres Partners angewiesen zu sein (Abbildung 6).

In vielen Familien ergibt sich darüber hinaus ein Zielkonflikt zwischen der privaten Altersvorsorge der Eltern und der Förderung der Kinder. Insgesamt 29 Prozent der Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern berichten, die verfügbaren Mittel eher für die Förderung ihrer Kinder als für die eigene Altersvorsorge zu verwenden. Von den Müttern und Vätern, deren Nettoäquivalenzeinkommen unter 70 Prozent des Medianwertes liegt, entscheiden sich nicht weniger als 37 Prozent für die ihnen näher liegende Aufgabe, von den geringverdienenden alleinerziehenden Müttern sogar 46 Prozent.

5 Fazit und Diskussion

Annähernd 50 Prozent der erwachsenen Bevölkerung werden durch die untersuchten Leistungen der Familienförderung erreicht. Dieser aus den Angaben der Bürgerinnen und Bürger ermittelte Anteil könnte den tatsächlichen Wert sogar noch etwas unterschreiten, da ein Teil der Ehepaare vom Ehegattensplitting profitiert, ohne diese Förderung zu bemerken. Trotz dieser

möglichen Unschärfe verdient der ermittelte Wert Beachtung. Denn jenseits der unterschiedlichen Statistiken über den Bezug einzelner Leistungen wird damit zum ersten Mal erkennbar, wie groß der Kreis ist, der von der Familienförderung profitiert. Die zugleich oft beträchtliche Bedeutung dieser Förderung für das Leben der Familien zeigt sich etwa an der Nutzung von Betreuungsangeboten. Annähernd drei Viertel der berufstätigen Mütter von Kindern unter 14 Jahren lassen ihre Kinder Betreuungsangebote, Ganztagschulen oder eine Betreuung in Tagespflege nutzen; 73 Prozent dieser Mütter erklären die Betreuung zur Voraussetzung für ihre Berufstätigkeit. Hier ermöglicht die Familienförderung also überhaupt erst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trägt damit zur Verwirklichung von Lebensplänen bei.

Dabei bemühen sich gerade die in jüngerer Vergangenheit eingeführten Leistungen wie Kinderzuschlag, Elterngeld und das hier noch nicht untersuchte Bildungspaket um eine „passgenaue“ Unterstützung der Familien in bestimmten Lebensphasen und -lagen. Vergleichsweise viele Leistungen stehen für Familien mit kleinen Kindern bereit; von den Eltern mit kleinen Kindern ist dementsprechend ein beträchtlicher Prozentsatz mit der Familienförderung besonders zufrieden.

Vornehmlich die von vielen genutzten Leistungen wie das Kindergeld sind der Bevölkerung auch näher bekannt. Bemerkenswert sind hier vor allem die Wissenslücken möglicher Bezieher zu Leistungen für Geringverdiener, insbesondere zu Kinderzuschlag und einkommensergänzenden SGB-II-Leistungen für Kinder. Hier stellt sich die Forschungsfrage, ob Nutzungsberechtigte, die solche Leistungen nicht oder lediglich dem Namen nach kennen, bei besseren Kenntnissen an einem Bezug interessiert wären. Inwiefern werden solche Leistungen nicht genutzt, weil sie nicht bekannt sind, inwiefern resultieren die Unkenntnis wie Verzicht aus der Grundentscheidung, ohne solche Leistungen auszukommen?

Generell haben die meisten bezogenen Leistungen große Bedeutung für die Nutzer. Neun der 16 Leistungen werden von wenigstens 80 Prozent der jeweiligen Bezieherinnen und Bezieher als sehr wichtig bewertet. Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Studie gehört die große Wertschätzung der meisten Leistungen durch die Geförderten.

Für die Mehrheit der Familien steht dabei das Kindergeld im Vordergrund, dessen Attraktivität sowohl auf seiner Höhe wie auch auf seiner Ausgestaltung als monatliche Geldleistung beruht. Ebenso sind Unterstützungen für besondere Lebenssituationen wie etwa die Betreuung für kleinere Kinder, der Kinderzuschlag oder auch der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende den Nutzern hochwillkommen. Die subjektive Wertschätzung solcher Leistungen korrespondiert mit den in anderen Modulen gemessenen Effekten dieser Leistungen für die wirtschaftliche Stabilität der Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für das Wohlergehen und die Förderung von Kindern. Gestützt werden diese Ergebnisse auch durch ähnlich hohe Zustimmungswerte zu einzelnen Leistungen in anderen Untersuchungen (Bertram und Spieß 2011, Institut für Demoskopie Allensbach 2013a), selbst wenn die Einzelwerte dort aufgrund der unterschiedlichen Fokussierung (etwa wegen der Aufnahme möglicher Leistungen, der Zusammenziehungen einzelner Leistungen und des abweichenden Erhebungsdesigns) mit denen der Akzeptanzanalysen nicht direkt vergleichbar sind.

Monetären Leistungen sowie der Bereitstellung von Infrastruktur wird dabei häufiger Wert zuerkannt als steuerlichen Leistungen. Zudem wird die Frage, in welchem Bereich mögliche Einsparungen noch am ehesten hinzunehmen wären, von einer Mehrheit mit Verweis auf die

steuerliche Förderung beantwortet. Diese höhere Wertschätzung von staatlichen Zahlungen und Infrastruktur erklärt sich zum Teil aus deren unmittelbarer Verfügbarkeit, häufig als Hilfestellung bei einem konkreten Bedarf. Aber auch weniger anlassbezogene Leistungen wie das Kindergeld sind für die Familien gut kalkulierbar und können leicht in die familiäre Budgetplanung einbezogen werden. Steuerliche Leistungen, auch wenn sie für eine Senkung der monatlichen Steuerabzugsbeträge sorgen, werden nach den Schilderungen in den qualitativen Interviews nicht selten nur im Nachhinein bei der jährlichen Lohnsteuererklärung beziehungsweise nach Vorliegen des Lohnsteuerbescheides zur Kenntnis genommen.

Allerdings kann man daraus nicht unmittelbar ein Votum gegen das Ehegattensplitting, die Kinderfreibeträge oder die Berücksichtigung der Betreuungskosten bei der Steuer ableiten. Vielmehr muss man im Auge behalten, dass auch diese Leistungen von beträchtlichen Nutzergruppen als bedeutsam für die eigene Familie eingestuft werden. Zudem stimmen große Mehrheiten der Eltern wie auch der Kinderlosen dem Prinzip der steuerlichen Förderung von Ehe und Familie zu (Bertram und Spieß 2011, Institut für Demoskopie Allensbach 2013a).

Viele Maßnahmen, die zu mehr Zeit für die Familie führen, insbesondere durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, konnten im Rahmen der Akzeptanzanalysen nicht abgebildet werden. Abgesehen von der Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur für die Kinderbetreuung gehören solche Maßnahmen eher in den Gestaltungsrahmen der Sozialpartner als in das hier untersuchte Tableau staatlicher Familienförderung. Von daher widersprechen die hier ermittelten Befunde nicht der Feststellung einiger anderer Untersuchungen, dass viele Eltern auf Zeit für die Familie noch mehr Wert legen als auf Geld oder Infrastruktur (Bertram und Spieß 2011, Institut für Demoskopie Allensbach 2013a).

Angesichts kontroverser öffentlicher Debatten zur Kleinkindbetreuung wirkt die hier nur vergleichsweise seltene prinzipielle Ablehnung der Betreuung zunächst überraschend. Wie passt das zu den Vorstellungen von aktuell 48 Prozent der deutschen Bevölkerung, dass Kleinkinder besser ausschließlich durch die Eltern betreut werden (Institut für Demoskopie Allensbach 2012b)? Der Vergleich solcher Ergebnisse, die Befunde aus internationalen Wertestudien replizieren (Bujard et al. 2012), mit denen der Akzeptanzanalysen zeigt ein differenzierteres Bild der öffentlichen Meinung als manche Debatten: Ein großer Teil der Bevölkerung präferiert zwar eine ausschließlich familiäre Betreuung der Kleinkinder, lehnt deshalb aber die Möglichkeiten für eine frühe Betreuung von Kindern nicht ab. Dementsprechend stimmen drei Viertel der Bevölkerung dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung zu (Institut für Demoskopie Allensbach 2012c). Eine wichtige Rolle für solche Einstellungen spielt zudem die meist als gut bewertete Qualität der Betreuung in Krippen, Kindergärten und Schulen: Offenbar entsprechen die Angebote im Großen und Ganzen bereits den Erwartungen, selbst wenn die Eltern bei konkreten Nachfragen auf einzelne Mängel hinweisen und sich noch manche Verbesserungen wünschen.

Die summarischen Bewertungen der Familienförderung zeigen nur bei einer sehr kleinen Minderheit der Bevölkerung eine Ablehnung der Familienförderung als übermäßig (vier Prozent). Eltern mit minderjährigen und erwachsenen Kindern ebenso wie Kinderlose stimmen der Unterstützung der Familien mit großer Mehrheit zu. Ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung findet sogar, dass die bestehende Familienförderung noch nicht ausreicht. Kaum anders als bereits 1984 sehen die Bürgerinnen und Bürger weiteren Förderbedarf für Alleinerziehende und Geringverdiener mit Kindern (Köcher 1984).

Angesichts der demographischen Entwicklung sollten nicht zuletzt die Befunde zur Alterssicherung von Familien beachtet werden: Hier ermöglichen die Ergebnisse der zweiten Akzeptanzanalyse eine nähere Beschreibung des „gender pension gap“ (Flory 2011): Mütter verlassen sich bei ihrer Altersvorsorge häufig auf den Partner und bilden deutlich weniger Rücklagen für das Alter als jene. Dabei macht die Betrachtung der bislang kaum bekannten Motive der Mütter Zielkonflikte erkennbar, die es in vielen Familien zwischen der Förderung der Kinder und der Altersvorsorge gibt. Mehr Unterstützung bei der Förderung der Kinder könnten deshalb auch die Spielräume für die Altersvorsorge vergrößern. Zugleich zeigt sich die besondere Bedeutung der Berufstätigkeit von Müttern für den Aufbau einer eigenen Altersvorsorge.

Literaturverzeichnis

- Beninger, Denis, Holger Bonin, Markus Clauss, Julia Horstschräer, C. Katharina Spieß, Martin Werding und Katharina Wrohlich (2009): Machbarkeitsstudie zur stufenweisen Evaluation des Gesamtableaus ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. Kurzfassung. Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Berlin.
- Bertram, Hans und C. Katharina Spieß (Hrsg.) (2011): Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey, Elterliches Wohlbefinden in Deutschland, Baden-Baden.
- Bujard, Martin, Jürgen Dobritz, Evelyn Grünheid, Stephan Kühntopf, Detlef Lück, Robert Naderi, Jasmin Passet und Kerstin Ruckdeschel (2012): (Keine) Lust auf Kinder? Wiesbaden, BiB.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2008a): Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik. Dossier, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2008b): Familienmonitor 2008. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012): Achter Familienbericht – Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Berlin.
- Flory, Judith (2011): Gender Pension Gap, Entwicklung eines Indikators für faire Einkommensperspektiven von Frauen und Männern. Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik, St. Augustin.
- Inglehart, Ronald, Miguel Basáñez, Jaime Díez-Medrano, Loek Halman und Ruud Luijckx (2004): Human Beliefs and Values. A Cross-Cultural Sourcebook based on the 1999–2002 Values Surveys. Mexico City, Buenos Aires, Siglo XXI.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012a): Akzeptanzanalyse I, Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Kenntnis, Nutzung und Bewertung. Abschlussbericht. Allensbach.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012b): Chancengerechtigkeit durch Förderung von Kindern. Ein deutsch-schwedischer Vergleich. Allensbach.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012c): Monitor Familienleben 2012. Allensbach.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013a): Akzeptanzanalyse II, Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Nutzung und Bewertung staatlicher Leistungen für die Betreuung und Förderung von Kindern sowie für die Altersvorsorge von Familien. Abschlussbericht. Allensbach.

- Institut für Demoskopie Allensbach (2013b): Monitor Familienleben 2013. Allensbach.
- Köcher, Renate (1984): Ehe und Familie, Einstellungen zu Ehe und Familie im Wandel der Zeit, eine Repräsentativuntersuchung. Stuttgart, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung.
- Muschalik, Eva, Frauke H. Peter und C. Katharina Spieß (2011): Familienpolitisches Wohlbefinden. In: Hans Bertram und C. Katharina Spieß (Hrsg.): Fragt die Eltern! Baden-Baden, Nomos, 151–175.
- Rauschenbach, Thomas und Walter Bien (Hrsg.) (2012): Aufwachsen in Deutschland. AID:A. – Der neue DJI-Survey. Weinheim und Basel, Beltz Juventa.